



Auf das Miteinander kommt es an

Interview mit Franz Müntefering, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ der SPD-Bundestagsfraktion, über die Chancen schrumpfender Regionen, die Aufgaben von Staat, Wirtschaft und Verbänden und die Situation mobiler Alter

Noch bis vor wenigen Jahren war es schick, aufs Land zu ziehen. Heute scheint sich der Trend umgedreht zu haben. Eine Momentaufnahme oder langfristige Entwicklung?

Müntefering: Ich warne vor Pauschalisierungen. Wir alle wissen, es gibt nicht die Stadt und es gibt nicht das Land, sondern viele Varianten davon. Richtig ist, dass insbesondere die Bildungswanderung und die Wanderung aus beruflichen Gründen sehr starke Veränderungen mit sich gebracht haben und weiter bringen. Davon haben zumeist Universitäts-Regionen profitiert. Auch die Zuwanderung erfolgte überwiegend in die Städte. Ich sehe im Moment nicht, dass sich diese Entwicklung umkehrt.

Sehen Sie den Staat gefordert, gegenzusteuern?

Müntefering: Ja, aber kurzfristig ist da wenig machbar! Auf längere Sicht – und hier rede ich nicht von 5 oder 10, sondern von 20 und 40 Jahren – sind Bevölkerungsentwicklung und räumliche Prozesse zumindest ein Stück weit steuerbar. Wir müssen helfen, dass sich Kinderwünsche erfüllen können. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Wenn wir es in Deutschland schaffen, die Fertilitätsrate von derzeit 1,4 auf 2,0 zu heben, werden wir bis 2050 die Entwicklung erheblich stabilisiert haben. Dabei spielen die Betreuungsangebote für Kinder und die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um den Frauen eine Beschäftigung zu ermöglichen, eine entscheidende Rolle. Wenn ländliche Räume das leisten und auch Frauen angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, haben sie eine Chance. Sonst kaum. Stabilität auch gerade auf ländlichen Arbeitsmärkten misst sich regional. Der Lebensradius für sichere, gut bezahlte Arbeit geht dabei oft über Stadt- und Kreisgrenzen hinaus.

Neben der Abwanderung junger Menschen beobachten wir neuerdings, dass zunehmend auch Ältere fortgehen, weil sie mobiler sind als früher, weil sie ihren Kindern nachziehen oder weil sie das kulturelle Angebot in der Stadt wahrnehmen wollen. Verschärft das nicht noch die Probleme vieler ländlicher Gebiete?

Müntefering: Dieses Phänomen der „mobilen Alten“ gibt es und das ist ja auch gut so. Trotzdem, wir müssen uns grundlegend mit diesen Fragen der Wande-

rungsbewegungen und deren räumlichen Auswirkungen befassen. Wir brauchen eine bundeseinheitliche Definition der „Räume“. Hier müssen Bund, Länder und Gemeinden an einen Tisch. Die Kommunen müssen eine wichtige Rolle spielen und ihre Interessen einbringen können. Die Kommunen und darüber die Regionen brauchen generell ein stärkeres Gewicht. Sie benötigen Handlungsspielraum und müssen finanziell besser gestellt werden als bislang. Sie brauchen Planungs- und Entwicklungsrechte. Sie brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten, etwa um Schrottimmobilien zu beseitigen oder umzunutzen oder um unbürokratisch innerörtliche Brachflächen zu nutzen.

Was muss das Land bieten, damit ein mobiler, kulturell interessierter, aktiver älterer Mensch dort und nicht in der Stadt wohnen möchte?

Müntefering: Deren Bedürfnisse beachten. Das gilt für die Mobilität ebenso wie für die Daseinsvorsorge. Dann ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt. Ob das ausreicht, hängt von der jeweiligen Lebenssituation des Einzelnen ab. Aber, da gebe ich Ihnen recht, ein Teil meiner Generation weiß, wir können gut in der Stadt alt werden. Man will jedenfalls leben, wo beispielsweise die medizinische Versorgung garantiert, stabil und nah ist.

Was sind aus Ihrer Sicht die Stärken des Lebens auf dem Lande?

Müntefering: Ganz wichtig ist der Gemeinschaftssinn der Menschen, die Bereitschaft zu helfen, füreinander einzustehen und sich zu engagieren. Der Staat muss den Sozialstaat sichern. Daneben brauchen wir aber eine soziale Gesellschaft. Der ländliche Raum bietet dafür noch immer hervorragende Voraussetzungen, Wir-Gefühl.

Es gibt Ansätze, das Zusammenleben von Jung und Alt neu zu organisieren. Der Staat geht mit den Mehrgenerationenhäusern seit einigen Jahren voran. Mit Erfolg?

Müntefering: Mehrgenerationenhäuser sind gut, keine Frage. Aber davon gibt es bislang nicht mehr als 450. Gebrauchen könnten wir 10 000.

Das ist ein Bundesprogramm, das nach drei Jahren ausläuft. Viele Kommunen werden die dann notwendigen Mittel nicht aufbringen können, so dass eine Reihe dieser Einrichtungen wieder verschwinden wird. Aber der Ansatz, einen Ort zu schaffen, an dem Jung und Alt zusammenkommen, sich austauschen und beraten, ist richtig. Dies muss es in jedem Dorf geben. Da können Fragen besprochen werden, wie in einem Ort eine Daseinsvorsorge organisiert werden kann, die diesen Namen noch verdient. Das können auch mobile Einrichtungen sein. Bürgerzentren, im besten Sinne.

Was können ländliche Räume tun, um ihre Bevölkerung zu stabilisieren?

Müntefering: Gemeinden und Landkreise müssen über den eigenen Tellerrand hinausblicken. Nicht klein-klein ist gefragt, sondern das Zusammenwirken zwischen und innerhalb von Regionen. Die Regionen müssen ihren Menschen drei klare Botschaften vermitteln: Für Kinder bieten wir Kitas, gute Schulen und zukunftssträchtige Ausbildungsmöglichkeiten. Für die Menschen gibt es in erreichbarer Entfernung gut bezahlte Arbeit. Und schließlich können wir dafür Sorge tragen, dass man bei uns gut alt werden kann, weil wir eine ausreichende medizinische Versorgung gewährleisten, ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge bieten und für Mobilität sorgen. Regionen, die diese Bereiche abdecken, haben gute Perspektiven. Dies gilt auch für ländliche Räume.

Reicht das, um junge Leute zum Bleiben zu bewegen?

Müntefering: Zumindest bietet es die Chance dazu. Ich habe oft das Gefühl, viele ländliche Regionen stellen ihr Licht unter den Scheffel und loben sich selbst zu wenig. Warum sagen wir nicht den jungen Leuten, du kannst auch bei uns deinen Weg gehen, eine gute Ausbildung haben, Kinder kriegen, gut bezahlte Jobs und vernünftig alt werden? Nur wenn Regionen vermitteln können, hier haben Kinder eine Chance, hier können Frauen arbeiten, haben sie Perspektiven. Biete Gutes und rede darüber.

Viele tun genau das, allerdings mit bescheidenem Erfolg...

Müntefering: Ich räume ein, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Wir werden nicht den Status Quo halten können. Im Jahr 2050 werden wir etwa 15 % bis 20 % weniger Menschen in Deutschland sein. Wie sich das in den einzelnen Regionen niederschlagen wird, ist offen. Es gibt ländliche Räume, die schrumpfen dramatisch, andere legen zu.

Ein ähnliches Bild finden wir in den Städten. Das zeigt: Es gibt Möglichkeiten, den Gang der Dinge zu beeinflussen. Nur eins ist klar: Wer die Dinge treiben lässt und sich keine Gedanken macht um die Zukunftsperspektiven einer Region, der hat schon verloren.

Der Fachkräftemangel wird zu einem immer gravierenderen Problem dünn besiedelter ländlicher Gebiete. Kapitulieren Politik und Wirtschaft an diesem Punkt vor der Demografie?

Müntefering: Kapitulieren nicht. Aber es stimmt, wir können uns noch so sehr um die Ansiedlung oder das Verbleiben von Unternehmen in den Regionen bemühen – wenn Fachkräfte fehlen, werden wir keinen Erfolg haben. Die Politik muss gemeinsam mit Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammer, den Sozialpartnern für die Attraktivität der Arbeit in diesen Regionen werben. Die Regionen müssen Kontakt halten zu ihren jungen Leuten, die als Bildungswanderer weggehen und studieren. Wenn es gelingt, die Hälfte von denen zur Rückkehr zu bewegen, ist das ein Riesenerfolg. Wir müssen auch ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die duale Ausbildung sehr oft vielen jungen Menschen bessere und konkretere Lebens- und Aufstiegschancen gibt als ein Studium. Wir müssen wegkommen von der Vorstellung, dass ein Studium immer der bessere Weg ist. Was nützen sieben Jahre Studium, wenn unklar ist, wohin das führen kann. Für viele ist eine duale Ausbildung in einem zukunftssträchtigen Beruf und die Chance, gegebenenfalls ein fachbezogenes Studium draufzusatteln, der bessere Weg. Eine pragmatische Berufsorientierung ist wichtig. Für Schüler und Eltern und rechtzeitig.

Die ländlichen Räume driften auseinander. Welche Perspektive sehen Sie für die abgelegenen, wirtschaftsschwachen, die jetzt schon hinterherhinken?

Müntefering: Wir sollten uns nichts vormachen. Es gibt Regionen, die wird man auch staatlicherseits auf lange Sicht nicht auf dem heutigen Stand halten können. Dort muss der Staat denen, die nicht weggehen wollen oder können, ein Mindestmaß an Versorgung sichern. Der Staat muss das Ehrenamt stärken, damit die Gemeinschaft funktioniert. Wir können über das Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement viel erreichen. Dennoch darf sich der Staat nicht zurückziehen und die Dinge sich selbst überlassen. Vielmehr muss der Staat auch neue Wege gehen, um den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung in dünn besiedelten Regionen Rechnung zu tragen.

Passiert Ihnen da zu wenig?

Müntefering: Deutschland ist ein Modell-Land. Fast alles ist irgendwann und irgendwo schon mal ausprobiert worden. Wir brauchen aber nicht nur Modelle, sondern flächendeckende Anwendungen. Neben flotten Ideen auch Ausdauer in der Umsetzung.

Ist die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland noch zeitgemäß?

Müntefering: Zumindest sollten wir dieses Postulat nicht aufgeben. Gleichzeitig müssen wir aber sehen, dass es Kriterien für die Gleichwertigkeit gibt, auf die der Staat nur bedingt Einfluss nehmen kann. Das erste sind die individuellen Lebensentwürfe der Menschen. Wenn Menschen in der Stadt oder stadtnah leben wollen, muss das der Staat zur Kenntnis nehmen und kann sie nicht zu etwas anderem zwingen. Unser Gesellschaftsentwurf muss stattdessen in Übereinstimmung gebracht werden mit den individuellen Lebensentwürfen der Menschen. Diese Lebensentwürfe unterscheiden sich grundlegend von denen früherer Generationen. Die Mobilität verändert viel. Das geht nur über attraktive Angebote, die Gemeinden und Regionen jungen Leuten machen. Eine zunehmend größere Rolle spielen die Wohnkosten. Bezahlbare Mieten und günstige Eigenheime sind ein zunehmend wichtiger Standortfaktor pro ländliche Räume.

Müssen wir uns an schrumpfende Regionen, verlassene Dörfer gewöhnen?

Müntefering: Jedenfalls wird das Gesäusel, alles geht gut, den Problemen nicht gerecht. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen und sagen, dass es für einige Regionen schwer wird. Das heißt aber nicht, dass wir die Menschen dort allein lassen dürfen. Im Gegenteil: Dort sind Staat und Gesellschaft besonders gefordert.

Die Bundesregierung versucht, mit ihrer Demografiestrategie auf die Herausforderungen zu reagieren. Hat sie die richtigen Konzepte?

Müntefering: Nein. Die Demografiestrategie weist gravierende Mängel auf. Die Perspektive bis 2030 ist zu kurz. Die Strategie unterscheidet ferner viel zu schematisch zwischen Stadt und Land, stellt sie gegeneinander. Das wird den Möglichkeiten der ländlichen Räume nicht gerecht. Die Strategie enthält keine Aussagen zur Sicherung der sozialstaatlichen

Systeme. Wir brauchen ordentliche Löhne. Sie sind die Voraussetzung für Sicherheit im Alter. Schließlich vernachlässigt die Bundesregierung die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Verweis auf die Zuständigkeit der Länder, wenn es um eine Neuverteilung der Finanzen und eine Stärkung der kommunalen Ebene geht, wird dem Problem nicht gerecht.

Wie ließen sich die finanziellen Grundlagen der Kommunen verbessern?

Müntefering: Indem sie von Kosten für Aufgaben entlastet werden, die nicht ihre originären sind. Ich nenne als Beispiel die Eingliederungshilfen, die sozialen Kosten für Menschen mit Behinderung. Hilfreich wäre es, Regionen mit besonderen Herausforderungen zu definieren und ihnen ein gewisses Budget zur Verfügung stellen, aus dem sie wesentliche Gestaltungsstrukturen finanzieren. Auf dieser Ebene kann man mit wenig Geld viel bewegen, wenn man den Verantwortlichen in der Region den notwendigen Entscheidungsspielraum lässt.

Im Bund sind verschiedene Ressorts beteiligt, um Lösungen für die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Entwicklungen zu finden. Bedarf es eines Ministeriums, das den Hut auf hat und die Zuständigkeit hat?

Müntefering: In jedem Falle müssen diese Aufgaben besser koordiniert werden. Künftig müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle Gesetzesvorhaben überprüft werden, wie sie sich auf die Bevölkerungsentwicklung und die räumliche Verteilung auswirken. Das muss institutionell erkennbar und operational verbindlich sein. Stichwort: Nachhaltigkeit.

Was erwarten Sie von der Arbeit der ASG?

Müntefering: Ich erwarte, dass die ASG die Sorgen der Menschen in den ländlichen Räumen aufnimmt, sich ihrer annimmt und Lösungen suchen hilft, so wie sie es in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Erfolg gemacht hat. Ich bin mir sicher, wenn sie das weiterhin mit der gebotenen Sorgfalt und Ernsthaftigkeit tut und die Interessen der Menschen auf dem Lande gegenüber den politisch Verantwortlichen mit guten Argumenten vertritt und mit ihnen um Lösungen ringt, ist die ASG auch in Zukunft unentbehrlich. Sie sollte dabei immer wieder deutlich machen, dass ländlicher Raum kein abstrakter Begriff ist, sondern dass dort Menschen leben und weiter leben wollen. ■ Rainer Münch